

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Dossier

Dossier: Gründung und Entwicklung der BDP

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Bühlmann, Marc
Hohl, Sabine

Bevorzugte Zitierweise

Bühlmann, Marc; Hohl, Sabine 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Dossier: Gründung und Entwicklung der BDP, 2007 – 2014*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 24.04.2024.

Inhaltsverzeichnis

Parteiausschluss der SVP-Graubünden aus der Mutterpartei	1
Gründung der Bürgerlich-demokratischen Partei (BDP)	2
Geografische Entwicklung der BDP	3
Organisatorische Entwicklung der BDP	4
Wahlresultate der BDP seit ihrer Entstehung	6
Inhaltliche Entwicklung der BDP	7
Wahlkampf und Resultate der BDP bei den eidgenössischen Wahlen 2011	8

Abkürzungsverzeichnis

Parteiausschluss der SVP-Graubünden aus der Mutterpartei

Grosse Parteien

PARTEICHRONIK
DATUM: 19.12.2007
SABINE HOHL

Anfang Dezember kam es in der SVP zu einem **innerparteilichen Konflikt**, als die Fraktion den links von der Parteilinie politisierenden Bündner Nationalratsmitgliedern Gadiant und Hassler deren Sitze in wichtigen Kommissionen entzog. Die Bündner Kantonalpartei protestierte gegen dieses Vorgehen und verlangte eine Aussprache. Hassler erhielt schliesslich einen Sitz in der Wirtschaftspolitischen Kommission.¹

ANDERES
DATUM: 31.12.2007
SABINE HOHL

Nach der Abwahl ihres Bundesrats Christoph Blocher beschloss die SVP den **Gang in die Opposition**. Die SVP-Bundesräte Samuel Schmid und Eveline Widmer-Schlumpf wurden aus der Bundeshausfraktion ausgeschlossen und die SVP betrachtete sich als nicht mehr in der Regierung vertreten. Ihre Rolle als Oppositionspartei musste die SVP allerdings erst finden. Es kam zu Spannungen innerhalb der Fraktion, da sich einige Parlamentarier, vor allem Vertreter der Berner und der Bündner SVP, gegen den Oppositionskurs wehrten. Die SVP gab an, keinen Systemwechsel vom Konkordanz- zu einem Konkurrenzsystem anzustreben. Auch an der Parlamentsarbeit wollte sie sich weiterhin beteiligen. Als Sofortmassnahme nahm die SVP nicht an den traditionellen Von-Wattenwyl-Gesprächen zwischen den Regierungsparteien teil und prüfte die Lancierung einer Initiative für die Volkswahl des Bundesrates. Zudem kündigte sie an, in Zukunft vermehrt auf die direktdemokratischen Instrumente Initiative und Referendum zu setzen. In der Presse überwog die Einschätzung, dass der Gang in die Opposition in erster Linie eine weitere Verschärfung des Tons bedeuten werde.²

WAHLGESCHÄFT
DATUM: 17.03.2008
SABINE HOHL

Im März wurde im Schweizer Fernsehen ein Dokumentarfilm gezeigt, der die Möglichkeit in den Raum stellte, Bundesrätin Widmer-Schlumpf habe ihre Wahl mit Vertretern von SP und CVP abgesprochen. In der SVP führte dies zur Auffassung, Widmer-Schlumpf habe die SVP angelogen und die Abwahl Blochers mitinitiiert. Parteipräsident Brunner sprach sich für einen **Parteiausschluss** Widmer-Schlumpfs aus. Die Bundesrätin bestritt, Vertretern von CVP und SP die Annahme einer allfälligen Wahl im Voraus zugesichert zu haben. Sie habe sich die Arbeit als Bundesrätin ohne Fraktion ursprünglich nicht vorstellen können und habe erst nach der – für sie überraschend erfolgten – Wahl ihre Meinung geändert, als ihr klar geworden sei, dass auch Bundesrat Schmid aus der Fraktion ausgeschlossen wurde und dass Blochers Wiederwahl auch dann nicht gelingen würde, wenn sie verzichten würde.³

PARTEICHRONIK
DATUM: 12.04.2008
SABINE HOHL

Da die SVP Schweiz Einzelmitglieder nicht auf direktem Weg ausschliessen kann, forderte die Parteileitung Anfang April Widmer-Schlumpf zum Parteiaustritt bis zum 11. April auf. Die Parteileitung begründete dies damit, dass Widmer-Schlumpf die SVP hinter das Licht geführt habe, indem sie wahrheitswidrig über das Zustandekommen ihrer Kandidatur informiert habe. Sie habe dadurch die Partei geschädigt. Die SVP forderte Widmer-Schlumpf auch auf, aus dem Bundesrat zurückzutreten. Falls Widmer-Schlumpf nicht freiwillig ihre Parteimitgliedschaft niederlege, solle die Bündner Kantonalpartei sie bis zum 30. April ausschliessen. Sollte dies verweigert werden, werde die ganze **SVP Graubünden aus der SVP Schweiz ausgeschlossen**. Der SVP-Zentralvorstand stellte sich am 4. April mit 67 zu 5 Stimmen bei 7 Enthaltungen hinter dieses Ultimatum. Widmer-Schlumpf lehnte die Forderungen ab und wies die Vorwürfe der SVP Schweiz zurück. Die Bündner SVP lehnte das Ultimatum der SVP Schweiz ebenfalls ab. Es gebe keine sachlichen Gründe, Widmer-Schlumpf auszuschliessen.⁴

PARTEICHRONIK
DATUM: 22.04.2008
SABINE HOHL

Die **Reaktionen auf das Vorgehen der nationalen SVP** gegen Widmer-Schlumpf und die SVP Graubünden fielen unterschiedlich aus. Der Vorstand der Berner SVP richtete sich gegen einen Ausschluss der Bündner SVP. Ein Ausschluss verletze Gesetz und Parteistatuten. Die Delegierten der Berner SVP unterstützten mit 256 zu 222 Stimmen diesen Positionsbezug. Die Parteiversammlung der SVP Waadt stimmte dem Ausschluss von Widmer-Schlumpf deutlich zu, dem Ausschluss der SVP Graubünden jedoch nur mit 78 zu 70 Stimmen. Die Glarner SVP-Delegierten sprachen sich für einen Verbleib der Bündner SVP in der SVP Schweiz aus. Die SVP Thurgau befürwortete Ende Mai mit 139 zu

105 Stimmen den Ausschluss der Bündner SVP. Klar für das Vorgehen der Parteileitung sprachen sich die SVP-Sektionen in den Kantonen Zürich, Appenzell Ausserrhodens, Freiburg, Neuenburg, Genf, Tessin, St. Gallen, Aargau, Luzern, Schwyz, Obwalden, Wallis und Baselland aus.⁵

PARTEICHRONIK
DATUM: 12.06.2009
SABINE HOHL

Nach dem Verstreichen des Ultimatums an Widmer-Schlumpf und ihre Kantonalsektion beschloss der SVP-Zentralvorstand am 18. Mai mit 84 zu 13 Stimmen, das Ausschlussverfahren gegen die Bündner SVP einzuleiten. Am 1. Juni fiel der materielle Entscheid für den Ausschluss, bei dem die Vertreter der Bündner SVP in den Ausstand treten mussten, mit 81 zu 5 Stimmen. Die notwendige Zweidrittelmehrheit wurde damit problemlos erreicht. Die ausgeschlossene SVP Graubünden kündigte die **Gründung einer neuen Partei** für den 16. Juni an. Zur neuen Partei gehören würden die beiden bisherigen SVP-Regierungsräte Barbara Janom und Hansjörg Trachsler, sowie die Nationalräte Gadiant und Hassler, ebenso die meisten SVP-Grossräte im Bündner Parlament. Auch im Kanton Bern trat eine Gruppe von 35 Dissidenten um den Nationalrat Hans Grunder am 2. Juni an die Öffentlichkeit. Dazu gehörten auch SVP-Regierungsrat Urs Gasche und Ständerat Werner Luginbühl. Bereits seit April hatte es Berichte über die so genannte „Gruppe Bubenberg“ gegeben. Diese Gruppe verfolgte nun die Alternativen Austritt der ganzen Berner SVP aus der SVP Schweiz und Gründung einer neuen Partei. Eine Resolution mit der Austrittsforderung wurde an den Vorstand der Berner SVP gerichtet. Ein Austritt der ganzen Berner SVP hätte allerdings eine Zweidrittelmehrheit an der Delegiertenversammlung erfordert. Hans Grunder und Ursula Haller kündigten an, eine neue Partei zu gründen, falls dies nicht erreicht werde. Bundesrat Samuel Schmid sprach sich für einen Austritt der Berner SVP aus der nationalen Partei aus und machte bekannt, dass er einer allfälligen neuen Partei beitreten würde. Der ehemalige Vizepräsident der SVP Glarus, Martin Landolt, kündigte die Gründung einer neuen Partei im Kanton Glarus an. Die nationale SVP-Spitze reagierte gelassen auf die Abspaltungsfahr. Es handle sich nur um eine Flurbereinigung.⁶

Gründung der Bürgerlich-demokratischen Partei (BDP)

Grosse Parteien

PARTEICHRONIK
DATUM: 20.09.2008
SABINE HOHL

Die Delegierten der ehemaligen Graubündner SVP lehnten es am 16. Juni an einem ausserordentlichen Parteitag ab, gegen ihren Ausschluss bei der SVP-Delegiertenversammlung Rekurs einzureichen. In Graubünden war ein Parteiwechsel en bloc der ehemaligen Bündner SVP in eine Nachfolgepartei möglich, die SVP Graubünden musste nach ihrem Ausschluss nur eine Namensänderung vornehmen, die auch für die Bezirks-, Kreis- und Ortsparteien und für die Einzelmitglieder wirksam wurde. Die ausgeschlossene Bündner SVP wollte sich zunächst „Bürgerliche Partei Schweiz“ (BPS) nennen, nach einer Namensstreitigkeit mit einer Kleinpartei änderte man den Namen in **„Bürgerlich-demokratische Partei“ (BDP)**. Noch im Juni wurde im Kanton Graubünden auch eine neue, linientreue Sektion der SVP gegründet. Im Kanton Bern zog die Gruppe Bubenberg Mitte Juni ihre Resolution für einen Austritt der Berner SVP aus der SVP Schweiz zurück und gründete am 21. Juni die „Bürgerlich-demokratische Partei“. Die Abspaltung schlug in der Berner SVP hohe Wellen. Die Delegierten der Berner SVP forderten die Dissidenten, darunter 16 der insgesamt 47 Grossräte, auf, ihre politischen Ämter abzugeben.⁷

PARTEICHRONIK
DATUM: 20.09.2008
SABINE HOHL

Die **Gründung der BDP** erfolgte zunächst in drei Kantonen: Im Juni in Graubünden (zuerst unter dem Namen BPS, der nach einer Namensstreitigkeit mit einer Kleinpartei wieder aufgegeben wurde) und in Bern, im August in Glarus. Durch Übertritte von bisherigen SVP-Vertretern in kantonalen Parlamenten und Regierungen verfügte die BDP schon bald über rund 50 Sitze in kantonalen Parlamenten und vier Sitze in kantonalen Regierungen (2 in Graubünden und je einen in Bern und Glarus). Als Kleinpartei war die BDP in der speziellen Situation, auf Anhieb zwei Vertreter, Samuel Schmid und Eveline Widmer-Schlumpf, im Bundesrat zu haben. Schmid's Sitz ging aber nach seinem Rücktritt zurück an die SVP. Im nationalen Parlament konnte die BDP mit vier Vertretern im Nationalrat (Hansjörg Hassler, Brigitta Gadiant, Ursula Haller und

Hans Grunder) und einem Ständerat (Werner Luginbühl) bis Ende des Jahres keine eigene Fraktion bilden.⁸

PARTEICHRONIK
DATUM: 01.11.2008
SABINE HOHL

Auf nationaler Ebene wurde die **BDP Schweiz** am 1. November gegründet. Hans Grunder (BE), der die treibende Kraft bei der Gründung in Bern gewesen war, wurde einstimmig zum ersten Präsidenten gewählt, Vizepräsidentin wurde die Bündner Regierungsrätin Barbara Janom. Die Geschäftsleitung der BDP Schweiz besteht aus den Präsidenten der drei Kantonalsektionen Bern, Graubünden und Glarus, der Vorstand hat als zusätzliche Mitglieder die Vertreter der BDP im nationalen Parlament, die Präsidenten der Kantonalparteien, die BDP-Regierungsräte und den Leiter der Geschäftsstelle. In einem ersten Parteiprogramm mit 24 Punkten und in drei Positionspapieren sprach sich die BDP unter anderem für die Personenfreizügigkeit mit der EU aus, befürwortete Tagesstrukturen in der Volksschule und unterstützte das Bildungskonkordat Harnos. Die BDP sagte zudem Ja zum revidierten Betäubungsmittelgesetz und Nein zur Initiative für die Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten an Kindern. In all diesen Stellungnahmen unterschied sie sich von der SVP. Die BDP unterstützte die Initiative für die Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts und beschloss die Nein-Parole zur AHV-Flexibilisierungsinitiative des SGB sowie zur Hanfliberalisierungsinitiative.⁹

PARTEICHRONIK
DATUM: 02.12.2008
SABINE HOHL

Im November wurden in den Kantonen **Aargau und Thurgau** BDP-Kantonalsektionen gegründet. Auch aus Obwalden und Zürich wurden BDP-Gründungen gemeldet. Einen ersten Wahlerfolg konnte die BDP bei den Wahlen in der Stadt Bern erzielen: Sie erreichte einen Stimmenanteil von 7,8% und zog mit 6 Vertretern in das Parlament ein.¹⁰

Geografische Entwicklung der BDP

Konservative und Rechte Parteien

PARTEICHRONIK
DATUM: 02.02.2009
SABINE HOHL

Im Januar wurde im **Wallis** eine neue Kantonalsektion der BDP gegründet. Damit überschritt die Partei auch ausserhalb des Kantons Bern erstmals die Sprachgrenze. Die Walliser Sektion wird im Oberwallis und im französischsprachigen Kantonsteil aktiv sein. Auch der Kanton St. Gallen erhielt im Januar eine BDP-Sektion.¹¹

PARTEICHRONIK
DATUM: 31.12.2009
SABINE HOHL

Die Etablierung der BDP in den Kantonen gestaltete sich nicht immer einfach. Die BDP Schweiz verbot der im Vorjahr gegründeten BDP Obwalden, den Parteinamen zu führen – diese hatte zu wenige Mitglieder und war nur im Hauptort Sarnen vertreten. Daraufhin stellte die BDP Schweiz **Mindestanforderungen für die Gründung von Kantonalsektionen** auf. Im Kanton Zürich gelang im Mai der Neustart der Sektionsgründung, bei der es zunächst ebenfalls Schwierigkeiten gegeben hatte. Präsident der Zürcher Sektion wurde nun der Dübendorfer Stadtpräsident Lothar Ziörjen, Vizepräsidentin alt SVP-Nationalrätin Lisbeth Fehr. Im Juni wurde im Kanton Solothurn eine BDP-Sektion gegründet, im August kam eine Sektion im Kanton Schwyz hinzu.¹²

PARTEICHRONIK
DATUM: 31.12.2010
MARC BÜHLMANN

Im Berichtsjahr wurden in den Kantonen Basel-Landschaft, Luzern und Freiburg weitere **Kantonalsektionen** gegründet, womit sich ihre Anzahl auf 13 erhöhte. Schweizweit zählte die Partei im April des Berichtsjahrs rund 6000 Mitglieder. Im September wurde schliesslich im Kanton Neuenburg die erste rein französischsprachige Sektion gegründet. In den Kantonen Schaffhausen und Waadt wurde im Berichtsjahr ebenfalls die Gründung von Sektionen diskutiert.¹³

PARTEICHRONIK
DATUM: 14.02.2013
MARC BÜHLMANN

Mit der Mitte Februar vorgenommenen Gründung einer BDP Genf, die bei den kantonalen Wahlen im Oktober denn auch gleich – allerdings erfolglos – antrat, waren die Bürgerlich-Demokraten in nunmehr **17 Kantonen** präsent, wobei die Romandie mit Ausnahme des Kantons Jura vollständig abgedeckt war. Gründungen in den restlichen Kantonen waren in Planung.¹⁴

Organisatorische Entwicklung der BDP

Konservative und Rechte Parteien

PARTEICHRONIK
DATUM: 21.03.2009
SABINE HOHL

An der **ersten Delegiertenversammlung der BDP Schweiz** am 21. März in Thun befürworteten die Delegierten den Verfassungsartikel „Zukunft mit Komplementärmedizin“ mit 45 zu 33 Stimmen. Die Einführung des biometrischen Passes wurde mit grossem Mehr angenommen. Die BDP setzte sich zum Ziel, bei den eidgenössischen Wahlen 2011 zehn Sitze zu holen.¹⁵

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 31.10.2009
SABINE HOHL

An ihrer Delegiertenversammlung in Chur Ende Oktober feierte die BDP Schweiz ihr **einjähriges Jubiläum**. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Partei schweizweit ca. 6000 Mitglieder. Parteipräsident Hans Grunder wies darauf hin, dass das Jahr 2010 für die BDP ein entscheidendes sein dürfte, da in Bern, Graubünden und Glarus – also in den drei Gründungskantonen der BDP – kantonale Wahlen anstehen. Bei diesen müsse eine gute Ausgangslage für die eidgenössischen Wahlen 2011 geschaffen werden. Die Delegierten lehnten die Anti-Minarett-Initiative mit 108 zu 3 Stimmen ab, die GSoA-Initiative für ein Verbot von Kriegsmaterialexporten wurde mit 112 zu einer Stimme noch deutlicher verworfen. Hingegen stimmten die Delegierten der Vorlage zur Spezialfinanzierung des Luftverkehrs zu.¹⁶

PARTEICHRONIK
DATUM: 21.09.2011
MARC BÜHLMANN

Im September wählte die BDP-Fraktion, die erst mit der Wahl des Glarner Nationalrats Martin Landolt Anfang 2009 Fraktionsstärke erreicht hatte, Hansjörg Hassler (GR) zum neuen **Fraktionspräsidenten**. Er löste die nicht mehr kandidierende Brigitta Gadiet (GR) ab.¹⁷

PARTEICHRONIK
DATUM: 30.01.2012
MARC BÜHLMANN

Die BDP feierte im Berichtjahr nach ihrer Gründung 2008 ihr **vierjähriges Bestehen** und konnte bereits auf einige Erfolge zurückblicken. An der Delegiertenversammlung Ende Januar in Ebnet Kappel feierte die Partei die erfolgreiche Wiederwahl ihrer Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf und deren Wahl zur Bundespräsidentin. Die zehn Sitze im nationalen Parlament bedeuteten ein Ende der Zeiten des Spotts und Hohns, führte Noch-Parteipräsident Hans Grunder (BE) aus.¹⁸

PARTEICHRONIK
DATUM: 07.05.2012
MARC BÜHLMANN

Auf Anfang Mai trat der Berner Nationalrat Hans Grunder als **Parteipräsident** zurück. Grunder war bei der Gründung der BDP in Bern im Herbst 2008 ein führender Kopf und zusammen mit Eveline Widmer-Schlumpf verantwortlich für den raschen Aufbau der Partei. Mit dem Rücktritt wolle er für eine personelle und programmatische Weiterentwicklung sorgen. Neu wurde das Präsidium mit zwei Vizepräsidenten und einem Präsidenten aufgebaut. Als neuer Präsident wurde Anfang Mai der Glarner Martin Landolt per Akklamation gewählt, auch er ein BDPler der ersten Stunde. Zu reden gab die Kaderposition Landolts bei der UBS, die zu Interessenskonflikten mit der BDP-Finanzministerin sowie zu einem Bankenimage der Partei führen könnten. Landolt selber sagte, dass seine Tätigkeit in der Bank kein Lobbying umfasse. Er reduziere sein berufliches Pensum zudem auf 40%. Landolt hatte in Näfels (GL) die SVP-Lokalsektion neu aufgebaut, bevor es zum Bruch mit der Volkspartei kam, deren Zürcher Linie er nicht teilen wollte. Er trat nach dem Ausschluss der SVP Graubünden aus der SVP aus und gründete zuerst eine Liberale Fraktion bevor er dann zusammen mit der Bündner und der Berner BDP die Glarner Sektion aufbaute. Als erster BDP-Politiker überhaupt war Landolt bei Ersatzwahlen 2009 als Nachfolger des 2008 zurücktretenden SP-Nationalrates Werner Marti in ein nationales Amt gewählt worden und hatte damit den vier übergelaufenen BDP-Nationalräten unverhofft zu Fraktionsstärke im eidgenössischen Parlament verholfen. Als wichtigstes Ziel bezeichnete Landolt den Ausbau der jungen Partei und die Gründung neuer kantonalen Sektionen. Ins

Vizepräsidium wurden der Berner Nationalrat Lorenz Hess und die Bündner Regierungsrätin Barbara Janom Steiner gewählt.¹⁹

PARTEICHRONIK
DATUM: 20.10.2012
MARC BÜHLMANN

Mit der Gründung einer **Jungen BDP** wollte die Partei einen Pool für die Mitglieder unter 35 Jahren schaffen. Allerdings sollte die Jungpartei einen sehr engen Kontakt halten und sich formell nicht von der Mutterpartei trennen. Zum Koordinator der Jungen BDP wurde Filip Winzap (BL) bestimmt.²⁰

PARTEICHRONIK
DATUM: 22.10.2012
MARC BÜHLMANN

Um in der Westschweiz besser Fuss fassen zu können, setzte die BDP mit Caroline Brennecke eine **Parteikoordinatorin** ein, deren Aufgabe die Entwicklung der BDP in der Romandie sei. Zwar gab es bereits Sektionen in den Kantonen Freiburg, Neuenburg, Waadt und Wallis, der Erfolg war aber – abgesehen von zwei Freiburger Sitzen im kantonalen Parlament und einigen Abgeordneten im Neuenburger Stadtparlament – bisher eher bescheiden. Ziel der Koordinatorin war es, der Partei, die im französischsprachigen Teil der Schweiz als etwas „trop suisse alémanique“ wahrgenommen werde, neue Wählerschaft im Kanton Genf, wo die Gründung einer weiteren Kantonalpartei für 2013 geplant war, und längerfristig auch im Kanton Jura zu erschliessen. Die Delegiertenversammlung Mitte Oktober in Genf war eine weitere Referenz an die französische Schweiz.²¹

PARTEICHRONIK
DATUM: 27.11.2012
MARC BÜHLMANN

Erfolg ziehe auch **Profilierungssüchtige** an, gab der scheidende Präsident Hans Grunder zu Protokoll und erinnerte an die Affäre um einen BDP-Kandidaten in St. Gallen. Weitere Probleme bescherte der Partei die von vier Personen allerdings ohne Absprache mit der Mutterpartei gegründete Sektion Obwalden, gegen die sich die nationale BDP zur Wehr setzen musste, da sie das Logo missbräuchlich verwendete. In mehreren Kantonalsektionen kam es im Berichtsjahr zudem zu Eklat: Im Januar traten der Präsident und der Vizepräsident der BDP Baselland mit sofortiger Wirkung zurück. Als Grund wurde fehlende Vertrauensbasis angegeben. Ebenfalls Anfang Jahr traten im Kanton Solothurn der Parteipräsident und ein Amtsparteipräsident zurück. Beide gaben den Austritt aus der Partei bekannt. Auch im Kanton Freiburg sorgte eine Rücktrittswelle im September für Missstimmung. Gleich fünf Vorstandsmitglieder traten aus der kantonalen Sektion zurück, die in der Folge weiter unter internen persönlichen Spannungen zu leiden hatte. Erst mit der Wahl des neuen Kantonalpräsidenten Sandro Arcioni beruhigte sich die Situation etwas.²²

PARTEICHRONIK
DATUM: 31.01.2013
MARC BÜHLMANN

Die 2011 in Freiburg eroberten Grossratsitze gingen Anfang Berichtsjahr verlustig. Weil die beiden Grossräte zur CVP wechselten, war die **BDP im Kanton Freiburg** nicht mehr im Parlament vertreten. Die Parteiwechsel waren Folge von parteiinternen Auseinandersetzungen, die im Rücktritt fast der gesamten Parteispitze kulminierten, bei deren Neubesetzung zudem nicht wie gefordert einer der beiden Grossräte berücksichtigt worden war.²³

PARTEICHRONIK
DATUM: 02.09.2013
MARC BÜHLMANN

Zwei Jahre vor den Nationalratswahlen 2015 stellte sich für die BDP langsam die Frage, ob ihre **Bundesrätin** noch einmal antreten wird. Auf der einen Seite wäre Eveline Widmer-Schlumpf als Lokomotive im Wahlkampf wichtig, wird doch die Partei nach wie vor überwiegend mit der Bundesrätin identifiziert. Auf der anderen Seite wurde ein möglicher Rücktritt aber auch als Chance betrachtet. Eine Partei könne freier politisieren, wenn sie nicht in der Regierung vertreten sei. Freilich gab sich die Parteileitung zu dieser Frage zugeknöpft. Die Entscheidung liege alleine bei Eveline Widmer-Schlumpf selber.²⁴

PARTEICHRONIK
DATUM: 03.11.2013
MARC BÜHLMANN

Infolge der im Vorjahr geäußerten Kritik am UBS-Mandat des damals gewählten **Parteipräsidenten Martin Landolt** (GL) gab dieser an der Delegiertenversammlung Anfang Mai in Genf die Kündigung seiner 40%-Beschäftigung bei der Grossbank bekannt. Er sähe zwar keine Gefahr für die Unabhängigkeit als Politiker, das Mandat sei aber zu einem Handicap für die BDP geworden, so Landolt. Tatsächlich positionierte sich der BDP-Präsident mit pointierten Äusserungen zum Finanzplatz und die BDP tat sich auch aufgrund ihrer Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf in der

Finanzpolitik – etwa bei der Abgeltungssteuer oder beim Informationsaustausch – besonders hervor.²⁵

ANDERES
DATUM: 04.01.2014
MARC BÜHLMANN

Der Rücktritt der langjährigen **BDP**-National- und Kommunalpolitikerin **Ursula Haller** (BE) drückte den Altersschnitt der BDP-Fraktion, die die mit durchschnittlich 55 Jahren älteste Fraktion stellte, ein wenig nach unten. Sie wolle das Amt als Gemeinderätin der Stadt Thun und als Nationalrätin, das sie seit 1999 für die SVP und später für die BDP ausübte, gleichzeitig beenden, so die Berner Oberländerin. Ihr Nachfolger – der 58-jährige Heinz Siegenthaler – war allerdings nur sieben Jahre jünger. Parteipräsident Martin Landolt zeigte sich für die Zukunft optimistisch. In den Kantonen würden viele junge Leute für die BDP kandidieren.²⁶

Wahlresultate der BDP seit ihrer Entstehung

Konservative und Rechte Parteien

WAHLEN
DATUM: 31.12.2009
MARC BÜHLMANN

Im Aargau gab die BDP im Berichtsjahr ihr **kantonales Wahl-Debüt**. Sie gewann vier Sitze und ist nun in vier Kantonen (AG, BE, GL, GR) im Parlament vertreten.

WAHLEN
DATUM: 31.12.2010
MARC BÜHLMANN

Im Jahr 2010 musste die BDP gleich in all ihren Gründungskantonen (BE, GL, GR) einer Gesamterneuerungswahl stellen. Sie bestand die **Feuerprüfung erfolgreich** und war am Ende des Jahres mit 65 von total 2608 Sitzen in Kantonalen Parlamenten vertreten. In allen drei Kantonen trat die BDP auch für die Regierungswahlen an. Im Kanton Glarus, wo die SVP nicht angetreten war, sowie im Kanton Graubünden verteidigte sie mit Robert Marti (GL) sowie Barbara Janom Steiner und Hansjörg Trachsel (GR) ihre Sitze gegen die Mutterpartei. Im Kanton Bern musste die BDP den vakanten Sitz von Urs Gasche verteidigen. Dieses Vorhaben setzte sie mit der Kandidatur von Beatrice Simon erfolgreich in die Tat um und wehrte den Angriff der SVP, welche mit Albert Rösti angetreten war, ab.

WAHLEN
DATUM: 31.12.2011
MARC BÜHLMANN

Von den im Berichtsjahr in sieben Kantonen (AI, AR, BL, FR, LU, TI und ZH) stattfindenden **kantonalen Parlamentswahlen** trat die BDP bei deren vier an. Insgesamt eroberte die BDP dabei zwölf kantonale Legislativmandate. Die Hälfte davon konnte im Kanton Zürich gewonnen werden, wo die BDP auf Anhieb 3,5% der Zürcher Wählerschaft von sich überzeugte. Im Kanton Basel-Landschaft reichte ein Wähleranteil von 5,5% für vier Landratsmandate. Im Kanton Freiburg konnte die BDP hingegen wie schon bei den Nationalratswahlen nur schwach mobilisieren. Trotzdem holte sie auch hier zwei Mandate (1,7% Wähleranteil). Einzig in Luzern blieb die neue Mittepartei erfolglos. Die Bürgerlichdemokraten überzeugten zwar auch hier 1,7% der Wählerinnen und Wähler, dieser Anteil reichte in Luzern allerdings knapp nicht für einen Parlamentssitz. Ende des Berichtsjahrs hielt die BDP damit 77 kantonale Mandate, wovon knapp vier Fünftel in den Gründerkantonen Bern (25 Sitze), Graubünden (26 Sitze) und Glarus (10 Sitze).

WAHLEN
DATUM: 31.12.2012
MARC BÜHLMANN

Bei den **kantonalen Wahlen** konnte der nationale Erfolg teilweise bestätigt werden. In den Kantonen St. Gallen und Thurgau trat die BDP erstmals an und gewann zwei (SG) bzw. fünf (TG) Mandate. Kein Erfolg war den Bürgerlichdemokraten allerdings in den Kantonen Waadt, Schwyz und Basel beschieden, wo sie ebenfalls zum ersten Mal antraten, aber keinen Sitz holen konnten. Über zwei zusätzliche Sitze konnte sich die BDP im Kanton Aargau freuen. Dort war die Partei nach 2009 zum zweiten Mal angetreten. Mit den insgesamt neun zusätzlichen Sitzen hielt die BDP Ende Berichtsjahr 86 kantonale Legislativmandate, 15 mehr als die etwa gleichaltrige GLP. Im Gegenteil zu den breiter abgestützten Grünliberalen konzentrierten sich die Sitze der BDP allerdings vorwiegend auf die drei Gründerkantone Glarus (10 Sitze), Bern (25 Sitze) und Graubünden (26). In diesen drei Kantonen besass die BDP Ende 2012 auch ihre vier Regierungsmandate.

WAHLEN

DATUM: 31.01.2013
MARC BÜHLMANN

Im Vergleich zu den Vorjahren war der Erfolg bei **kantonalen Wahlen** eher bescheiden. Die BDP trat in drei der vier Kantone, in denen Gesamterneuerungswahlen für die Parlamente anstanden, mit relativ dünn besetzten Listen zum ersten Mal an, hatte aber nur in Solothurn Erfolg, wo zwei Sitze und knapp 3% Wähleranteil erobert werden konnten. Sowohl in Genf als auch in Neuenburg verfehlte die BDP einen Sitzgewinn deutlich und konnte jeweils weniger als 1% der Wählerschaft von sich überzeugen. Im Kanton Wallis war die Partei nicht angetreten. Weil aufgrund von Parteiwechselln auch noch die beiden Sitze im Kanton Freiburg verlustig gingen, war die BDP in der Romandie überhaupt nicht mehr in der Legislative vertreten. Sie konnte also im Berichtjahr nichts gegen ihr Image einer Partei tun, die in der Westschweiz als „trop suisse alémanique“ wahrgenommen wird. Insgesamt verfügte die BDP Ende Berichtjahr über 88 Sitze, wobei der erwähnte Parteiwechsel der beiden Grossräte im Kanton Freiburg Anfang Jahr zur CVP das Resultat noch auf 86 Sitze drückte. In die ordentlichen und ausserordentlichen kantonalen Regierungswahlen griff die BDP im Berichtjahr nicht aktiv ein.²⁷

WAHLEN

DATUM: 31.12.2014
MARC BÜHLMANN

In allen drei Stammländern der **BDP** (GL, GR, BE) fanden im Berichtjahr **kantonale Wahlen** statt – laut Parteipräsident Martin Landolt zum ersten Mal unter normalen Vorzeichen. Die Resultate dieser Wahlen waren überaus gemischt. Eine veritable Schlappe musste die junge Partei im Kanton Bern einstecken, wo ihr nicht weniger als elf Sitze und fast fünf Prozentpunkte an Wählerstärke verlustig gingen (neu: 14 Sitze und 11,2%). Die Befürchtungen, dass sich die Niederlage auch in den Kantonen Graubünden und Glarus wiederholen könnte, bewahrheiteten sich dann allerdings nicht. In Glarus verlor die BDP zwar einen Sitz (neu: 9 Sitze), konnte sich aber als drittstärkste Partei (hinter der SVP und der FDP) halten. In Graubünden konnten die Bürgerlich-Demokraten gar um einen Sitz zulegen. Insgesamt verfügte die BDP Ende 2014 in zehn Kantonen noch über 77 Legislativsitze. In Glarus, Graubünden und Bern verteidigte die BDP zudem ihre insgesamt vier Regierungssitze relativ souverän. Kein Erfolg war der Partei bei der Ständeratersatzwahl im Kanton Glarus beschieden. Zwar war sie dort mit ihrem Parteipräsidenten Martin Landolt angetreten, dieser hatte aber gegen Thomas Hefti (fdp), der mehr als doppelt so viele Stimmen holte, letztlich keine Chance.²⁸

Inhaltliche Entwicklung der BDP

Konservative und Rechte Parteien

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 18.01.2010
MARC BÜHLMANN

An der Delegiertenversammlung im Januar grenzte sich die BDP als **Wirtschaftspartei** von der SVP ab. Zudem wurden zwei Positionspapiere zur Landwirtschaft und zur Armee vorgelegt.²⁹

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 27.12.2012
MARC BÜHLMANN

An ihrer Delegiertenversammlung im Januar setzte sich die BDP sieben **Schwerpunkte** für die kommende Legislatur. Sie wolle sich insbesondere für Lösungen in der EU- und Asylpolitik einsetzen und Vorschläge für eine bessere Energie- sowie Bildungs- und Mobilitätspolitik erarbeiten. Darüber hinaus sah die Partei Handlungsbedarf bei der Sicherung der Sozialwerke und bei den Rahmenbedingungen der KMU. In der Presse wurde der BDP aber nach wie vor Schwammigkeit und unklare Positionierung vorgeworfen.³⁰

WAHLEN

DATUM: 30.03.2014
MARC BÜHLMANN

Die Wahlschlappe der **BDP** bei den Wahlen im Kanton Bern wurde von der Parteispitze unter anderem damit erklärt, dass sich die BDP zu stark an die SVP und die FDP angenähert habe. Der Slogan „erfrischend anders“ sei von der eigenen Partei nicht richtig umgesetzt worden und man habe sich zu sehr auf bisherigen Erfolgen ausgeruht. Man könne nicht einfach eine „SVP-light“ sein, sondern müsse sich **als Mittelpartei neu positionieren**. Mit mehreren, teilweise sehr harschen Angriffen auf die SVP versuchte Parteichef Martin Landolt seine Partei von der Volkspartei abzugrenzen. Mitte November forderte er gar, dass die SVP bei einem allfälligen Rücktritt von Bundesrat Ueli Maurer nicht mehr in der Regierung vertreten sein dürfe. Landolt sprach davon, gleichzeitig modern und konservativ sein zu wollen. Er rief Anfang April die Delegierten auf, mehr auf die Inhalte der Partei aufmerksam zu machen. Die BDP sei eine Partei, die sich ökologischen Herausforderungen stelle und dem gesellschaftlichen Wandel Rechnung trage. Man müsse zeigen, dass man konstruktiv und vernünftig und eben

nicht rechtskonservativ sei.³¹

Wahlkampf und Resultate der BDP bei den eidgenössischen Wahlen 2011

Konservative und Rechte Parteien

WAHLEN

DATUM: 05.02.2011
MARC BÜHLMANN

Wahlziele der 2008 gegründeten und erstmals bei nationalen Wahlen antretenden BDP waren die Verdoppelung der Nationalratsmandate von fünf auf zehn und die Verteidigung des Berner Ständeratssitzes. Parteipräsident Hans Grunder (BE) gab an, vor allem auf Wählerstimmen in der Mitte und auf dem Land abzielen und so gesamtschweizerisch 5% der Wählerschaft hinter sich bringen zu wollen. Man wolle Personen ansprechen, die sich in der bestehenden Schweizer Politlandschaft nicht mehr aufgehoben fühlen. Mit einer verstärkten Zusammenarbeit der Mitteparteien wurde zudem die Verteidigung des Bundesratssitzes von Eveline Widmer-Schlumpf anvisiert. Eine Fusion mit der CVP schloss Grunder aber aus. Für den Wahlkampf stehe ein Budget von rund CHF 400'000.- zur Verfügung.³²

WAHLEN

DATUM: 15.06.2011
MARC BÜHLMANN

Die BDP hatte Mühe, sich thematisch zu profilieren. Sie zehrte vor allem vom Charisma ihrer Bundesrätin und ihrer Frische als junge Partei. Davon zeugte auch ihr Wahlslogan „DIE neue Kraft“. Die BDP wollte aber kein „Widmer-Schlumpf-Fan-Club“ sein, sondern im Wahlkampf auch mit **Themen** punkten. Ein erstes Papier mit einem ganzen Strauss an möglichen Inhalten wurde Mitte Januar an der Delegiertenversammlung in Liestal präsentiert. Der Wahlkampf startete dann mit einer Pressekonferenz Mitte März. Diese fand später als geplant statt, da die Plakatkampagne aufgrund der Weigerung von Eveline Widmer-Schlumpf, dafür ihr Konterfei zur Verfügung zu stellen, neu kreiert werden musste. An besagter Pressekonferenz gedachte die BDP sich als „echte bürgerliche Alternative“ zu präsentieren: Eine Schuldenbremse für die Sozialversicherungen, die Aufhebung der Unterscheidung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung, das Ende der steuerlichen Ungleichbehandlung von Ehe- und Konkubinatspaaren, ein Ausbau der flankierenden Massnahmen bei der Personenfreizügigkeit, Blockzeiten in der Grundschule sowie eine stärkere Gewichtung von naturwissenschaftlichen Fächern an Grund- und Mittelschulen sollten die potenziellen Wählerinnen und Wähler ansprechen. Anlässlich der Delegiertenversammlung Ende März in Sempach gab die Partei den bewussten Verzicht auf eine Volksinitiative als Wahlköder bekannt.³³

ANDERES

DATUM: 23.10.2011
MARC BÜHLMANN

Die Verteidigung des einzigen Ständeratssitzes gelang der BDP relativ locker. Zwar musste Werner Luginbühl bei den **Ständeratswahlen** im Kanton Bern zu einem zweiten Wahlgang antreten, wurde dann aber deutlich wiedergewählt. In den Kantonen Wallis und Neuenburg, wo die BDP ebenfalls einen Angriff auf einen Sitz in der kleinen Kammer lanciert hatte, blieb sie jedoch glücklos. Die Ständeratskandidatur im Kanton St. Gallen musste gar zurückgezogen werden.

WAHLEN

DATUM: 23.10.2011
MARC BÜHLMANN

Nach dem Ausschluss der Bündner Sektion aus der SVP und der Solidarisierung von Teilen der Glarner und der Berner SVP mit den Bündnern war es 2008 zur Gründung der BDP gekommen. Bis zum nationalen Wahltermin hatte die Partei erfolgreich einige kantonale Wahlen bestritten: In den drei Gründerkantonen erhielt sie über 15% der Wählerstimmen und auch in den Kantonen Aargau (2009), Zürich, Freiburg und Basellandschaft war sie in der kantonalen Legislative vertreten. Insgesamt waren 16 kantonale Sektionen aufgebaut worden – darunter die 2011 gegründeten Sektionen in der Waadt und Basel-Stadt – die sich alle zum ersten Mal an den **Nationalratswahlen** beteiligten. In der Innerschweiz (UR, OW, NW, ZG), in Schaffhausen, den beiden Appenzell, im Tessin sowie in Genf und Jura war die neue Mittepartei noch nicht organisiert und trat nicht an. Durch Parteiwechsel hatte die BDP bereits vor den Wahlen über je zwei Nationalratsmandate aus den Kantonen Bern und Graubünden, aufgrund von Nachwahlen über ein Glarner Mandat, verfügt. Der Sitz aus Glarus war praktisch unbestritten und wurde locker verteidigt (61,7%). In Bern wurde die Sitzzahl verdoppelt (neu: 4 Sitze). Ein Siebtel der Berner Wählerschaft entschied sich für die BDP (14,9%). In Graubünden konnte hingegen nur einer der beiden Sitze gehalten werden. Der BDP-

Mann Hansjörg Hassler erzielte zwar das beste Resultat aller Kandidierenden, ein Wähleranteil von 20,5% reichte aber nicht für einen zweiten Sitz. Sitzgewinne konnte die BDP hingegen in den Kantonen Zürich (neu 2 Sitze, 5,3%) und Aargau (neu 1 Sitz, 6,1%) feiern. Die Wählergewinne in den kleineren Kantonen Luzern (2,1%), Schwyz (3,4%), Solothurn (4,4%), Basel-Stadt (2,2%), Basel-Landschaft (6,4%) St. Gallen (3,8%) und Thurgau (5,0%) reichten hingegen nicht für ein Mandat. Nur wenige Wähler vermochte die BDP in der Romandie zu mobilisieren: Wähleranteile von 1,9% in Freiburg, 0,8% im Kanton Waadt, 0,6% im Kanton Wallis und 1,5% im Kanton Genf reichten ebenfalls nicht für einen Nationalratssitz. Mit total neun Sitzen und einem gesamtschweizerischen Wähleranteil von 5,4% erreichte die BDP Fraktionsstärke.³⁴

Auch wenn die Partei im Wahlkampf mit Themen in Erscheinung zu treten versuchte, berichteten die Medien praktisch nur im Zusammenhang mit den Spekulationen über die Wiederwahl ihrer Bundesrätin über die BDP. Zahlreiche mögliche Abwehrszenarien gegen den Angriff der SVP auf den BDP-Regierungssitz wurden erörtert. Dabei wurde immer wieder eine Fusion mit der CVP diskutiert, die von der BDP jeweils deutlich abgelehnt wurde. Indem sie sich etwa an der Delegiertenversammlung Mitte September in Zofingen scharf von der SVP-Politik abgrenzte und sich als verlässliche, konstruktive und lösungsorientierte Alternative zur Volkspartei präsentierte, versuchte die BDP deutlich zu machen, dass sie die bessere Wahl sei. Als wichtig wurde in den Medien zudem die Positionierung der Regierung in der Atomausstiegsfrage beurteilt, welche Widmer-Schlumpf aktiv mitgetragen hatte und welche ihr eine Mehrheit in der Bundesversammlung beschern könnte. Das gute Abschneiden bei den Nationalratswahlen wurde zudem als Kompliment für die BDP-Bundesrätin gewertet. Bei den **Bundesratswahlen** wurde Widmer-Schlumpf, die laut eigener Aussage selber nicht mit ihrer Wiederwahl gerechnet hatte, dann tatsächlich glänzend bestätigt. Sie erhielt mit 131 Stimmen wahrscheinlich die Unterstützung aller Parlamentarier mit Ausnahme der SVP- und der FDP-Fraktion, welche sich auf die SVP-Herausforderer Rime (41 Stimmen) und Walter (63 Stimmen) verteilten. Mit 174 Stimmen wurde die BDP-Magistratin auch zur neuen Bundepräsidentin gewählt.³⁵

1) Presse vom 7.12.07; Bund, 19.12.07.

2) Bund, NZZ, SGT und TA, 15.12.07; Presse vom 19.12.07.

3) Blick, 14.3.08; BZ, 17.3.08.

4) NZZ, 22.3.08; BZ, 26.3.08; Presse vom 3.4. und 4.4.08; BzZ, 5.4.08; BaZ, 11.4.08; Presse vom 12.4.08.

5) BE; BZ, 22.4. und 30.4.08. VD, NE und FR: NZZ, 7.5. und 8.5.08. GL: NZZ, 15.5.08. TG: NZZ, 29.5.08. Weitere Kantone: BZ, 22.4.08.

6) Einleitung des Ausschlussverfahrens: Presse vom 19.5.08. Ausschlussentscheid: Presse vom 2.6.08. BE und GR: Presse vom 3.6.08. GL: NZZ, 6.6.08. Resolution der Dissidenten in Bern: NZZ, 11.6. und 12.6.08.

7) Gründung BDP GR: BaZ, 5.6. und 17.6.08. Gründung BDP BE: Presse vom 23.6.08. Reaktionen auf BDP-Gründung in Bern: TA, 24.6. und 25.6.08; SGT, 25.6.08. Namensstreit: NZZ, 18.6. und 3.7.08. Neue linientreue SVP GR: NZZ; 13.6. und 20.6.08.

8) BE, GR: Presse vom 17.6. und 23.6.08. GL: NZZ, 28.8.08. Sitze in kantonalen Parlamenten: LT, 10.7.08. BDP-Bundesräte: Bund, 5.7.08. Fraktion: TA, 20.9.08.

9) Presse vom 3.11.08.

10) Gründung von Kantonalsektionen: AZ, 23.10.08; NZZ, 11.11. und 22.11.08. Wahlen in der Stadt Bern: Presse vom 2.12.08.

11) VS: 24h, 8.1.09; NF, 10.1.09. SG: SGT, 9.1. und 2.2.09.

12) ZH: TA, 19.2.09; NZZ, 12.3.09; AZ, 26.3. und 4.5.09. OW: BZ, 21.3.09; NLZ, 27.3. und 5.8.09. SO: BaZ, 16.4.09; NZZ, 18.6.09. SZ: NLZ, 18.8.09.

13) NZZ, 25.3.10; SZ, 9.4.10; ExPress, 10.4.10; LT, 27.4.10; SN, 5.5.10; NZZ, 17.9.10.

14) NZZ, 9.2.13; LT, 13.2.13; TG, 14.2.13.

15) BZ und NZZ, 23.3.09.

16) NZZ, 2.11.09.

17) NZZ, 13.8.11; Presse vom 21.9.11.

18) SGT, 30.1.12.

19) SoZ, 4.3.12; Presse vom 5.3. und 6.3.12; NZZ, 29.3. und 10.4.12; BaZ, 4.5.12; SGT, 5.5.12; Presse vom 7.5.12.

20) Medienmitteilung BDP vom 20.10.12.

21) 24h und LT, 30.7.12; SoBli, 21.10.12; Presse vom 22.10.12.

22) Grunder: BZ, 5.3.12; BL: BaZ, 7.1., 10.1., 18.1. und 17.2.12; SO: NZZ, 10.1. und 19.1.12; FR: Lib., 26.9., 20.11., 23.11. und 27.11.12.

23) Lib und NZZ, 31.1.13.

24) SGT, 2.9.13.

25) NZZ, 20.3.13; NZZS und So-Bli, 5.5.13; NZZ, 6.5.13; AZ, 7.5.13; WW, 16.5.13; NZZS, 3.11.13.

26) AZ, 4.1.14

27) NZZ, 31.1.13

28) AZ, 9.1.14; Blick, 13.1.14

29) NZZ, 18.1.10.

30) SGT, 30.1.12; NZZ, 16.10. und 27.12.12.

31) NZZ, SGT, TG, 1.4.14; TA, 5.4.14; NZZ, 7.4.14; AZ, 9.4.14; LT, 4.6.14; NZZ, 20.10.14; LZ, 21.10.14; NZZ, 17.11.14

32) BaZ, 8.1.11; BZ, 10.1.11; So-Bli, 16.1.11; SGT, 17.1.11; NZZ, 5.2.11.

33) So-Bli, 16.1.11; SGT und NF, 17.1.11; AZ, 4.3.11; NZZ, 14.3.11; Presse vom 15.3.11; NZZ, 28.3.11; TA, 29.3.11; SN, 15.6.11 (Widmer-Schlumpf-Fan-Club).

34) Lit. BFS.; NZZ, 13.8.11; TA, 15.9.11.

35) NLZ und NZZ, 9.9.11; NZZ, 12.9.11; TA, 15.9. und 21.10.11; Bund, 29.10.11; Presse vom 7.11. und vom 15.12.11; SGT, 23.12.11.